

## Wörter aus der Fremde

Für Ernst Müller

**Falko Schmieder, Georg Toepfer (Hg.)**

# **Wörter aus der Fremde**

**Begriffsgeschichte  
als  
Übersetzungsgeschichte**

**KULTURVERLAG KADMOS**

Das dieser Publikation zugrunde liegende Forschungsvorhaben wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UG1412 gefördert.

#### Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2018, Kulturverlag Kadmos Berlin  
Wolfram Burckhardt

Alle Rechte vorbehalten

Internet: [www.kulturverlag-kadmos.de](http://www.kulturverlag-kadmos.de)

Gestaltung und Satz: readymade, Berlin

Umschlaggestaltung: readymade, Berlin

Umschlagfoto: Susanne Nilsson, CC BY-SA 2.0 (in Blau eingefärbt), <https://flic.kr/p/J3kySY>

Druck: Standart

Printed in EU

ISBN 978-3-86599-373-1

# ALTERNATIVE. ZUR POLITISCHEN KARRIERE EINES BEGRIFFS

WOLFERT VON RAHDEN

## DIE POLITISCHE KERNBEDEUTUNG: TERTIUM NON DATUR

»Aut Caesar aut nihil« ist als eine markante Maxime nicht nur dem Asterix-Leser vertraut. Sie steht als Alternative zwischen zwei Möglichkeiten für eine Entscheidung, bei der es offenbar ums Ganze geht, ähnlich Hamlets »To be or not to be« oder Jesu Worte: »Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich« (Matthäus 12,30). Oder auch Franz Moors Kampfruf: »Tod oder Freiheit!« (Schiller: *Die Räuber* II,3). In allen Beispielen geht es um die Wahl zwischen zwei einander ausschließenden Optionen. Das ›Entweder-oder‹ bezeichnet hier, linguistisch gesprochen, eine exklusive Disjunktion (lateinisch *aut – aut*). Sie befindet sich in Opposition zur Inklusion, der Adjunktion des ›Sowohl-als-auch‹. Die (ausschließende) Alternative bildet also den Gegensatz zur (einschließenden) Inklusion, zum ›oder‹ im Sinne von »das eine oder das andere« (lateinisch *vel – vel*) nach der Devise »entweder gehe ich ins Kino oder ich gehe essen – das ist egal, ich könnte auch beides tun«. Bei der exklusiven Alternative ist nur eines von beiden machbar, und es ist in unseren Beispielfällen auch von vornherein klar, welche Entscheidung als richtige unterstellt wird. Diese Semantik, die nur eine von beiden Möglichkeiten zulässt, wird transparent in der lateinischen Ursprungsbedeutung *alter* – der eine von beiden. Im Fremdwort ›alternieren‹ ist diese Bedeutung ›zwischen zwei abwechselnd‹ noch erkennbar, die im Prinzip allerdings zwei gleichwertige Lösungen impliziert. Die Wortprägung ›Alternative‹ – als Kompositum aus *alter* (›der andere‹) und *nativus* (›geboren, auf natürlichem Weg entstanden‹) – existiert im klassischen Latein noch nicht, sondern stellt eine relativ späte adjektivische Variante im Mittellateinischen dar und erscheint seit dem 15. Jahrhundert in deutschen Texten als Adverb ›alternative‹, mit beginnendem 18. Jahrhundert wurde dann das auslautende ›-e‹ aufgegeben und adjektivischer Gebrauch möglich.<sup>1</sup>

Umgangssprachlich wird der Ausdruck zwar häufiger unpräzise in einem vageren Sinne verwendet und meint dann nicht nur genau zwei, sondern ganz unbestimmt mehrere Möglichkeiten (›es gibt doch viele Alternativen‹), aber in der politischen Rhetorik der Gegenwartssprache dominiert auch im Sprachgebrauch jene logisch, linguistisch und etymologisch fundierte Bedeutung des Terminus. Wenn also der Begriff im politischen Kontext auftaucht, zeigt er – sprachwissenschaftlich gesagt – diese binäre Opposition, und wenn er hier personalisiert (Caesar, Jesus), eignet ihm auch diese antagonistische Zuspitzung und kompromisslose Polarisierung. *Tertium*

*non datur*: Eine dritte oder gar weitere Lösungsmöglichkeiten stehen nicht zur Debatte. Man könnte auch sagen, als strategisches Muster führt der Begriff die Dichotomisierung des Schmitt'schen Freund-Feind-Schemas mit sich. »Wir« gegen »die«: das Eigene gegen das Andere, das Fremde, den Feind. Die Feindbestimmung als politische Vertikale funktioniert dabei ebenso von oben nach unten (herrschende politische, klerikale oder soziale Instanzen geben die Feindmarkierung vor) wie auch von unten nach oben (wie etwa im Sprachgebrauch gewisser Strömungen vor allem in den neuen Medien: »wir hier unten« gegen »die da oben«, gegen das »Kartell« aus Politik und Medien, der »Lügenpresse«), und im Kampf um Deutungshoheiten und politische Macht gibt es dann freilich vielfältigste Koalitionen. Entscheidend bleibt die Feindbestimmung: Ob Glaubensfeind (Häretiker, Ketzer, »Ungläubige«), Staatsfeind, Klassenfeind oder Volksfeind (wahlweise als Kompositum mit »-verräter«, wie »Volksverräter« oder »Klassenverräter«, ebenso einschlägig gebraucht) – die Struktur bleibt die gleiche. Der vorgetäuschte, eingebildete oder reale »äußere« und/oder »innere« Feind (häufig mit einer unterstellten Komplizenschaft von beiden, wie »der fünften Kolonne« oder den »Agenten einer fremden Macht«) dient jedenfalls dazu, die eigene Gemeinschaft zusammenzuschweißen und deren homogene Identität zu beschwören, und soll nur allzu häufig von jenen eigentlichen Problemen ablenken, die als herrschaftsbedrohend angesehen werden. Die Überhöhung der eigenen Gruppenidentität qua *negativer* Abgrenzung gegenüber anderen geht Hand in Hand mit dem Schüren von Ressentiments, Angst und stereotypen Vorurteilen, um den Zusammenhalt der eigenen Gruppe und die Gefolgschaft gegenüber den (An-)Führern zu stärken. Ob die angestrebte Einheit nun der Logik folgt von Stamm und Gemeinschaft, von Ideologie und Klasse, von Volk und Rasse, von Staat und Nation, von Konfession und Religion – in Wirkung und Funktion gibt es da kaum einen Unterschied.

Die Strategie und Taktik der Ausschaltung des »inneren« Feindes bedient sich stets wiederkehrender Muster. Die Ausgrenzung aus dem politischen Diskurs erfolgt durch Kriminalisierung oder Pathologisierung; die Feindmarkierung als »Verbrecher« oder »Terrorist« ebenso wie als »Verrückte« haben zur Folge, dass die derart Gebrandmarkten nicht mehr als Teilnehmer am politischen Diskurs anerkannt werden. Die Mechanismen dieser Ausschließungen aus dem politischen Diskurs hat Foucault bereits detailliert beschrieben.<sup>2</sup> Die real existierenden Gefahren des Verbrechens oder des Terrorismus werden vereinnahmt und machttaktisch benutzt: Die Angst vor diesen Phänomenen wird umgemünzt, um Gegner, Andersdenkende und eine Opposition generell zu diskreditieren und politisch auszuschalten.

## **ALTERNATIVE VON LINKS: DIE POLITISCH-SEMANTISCHE ERSTBESIEDLUNG**

Die jüngere politische Karriere des Begriffs »Alternative« im deutschsprachigen Raum beginnt im Nachklang zur »antiautoritären« Studentenbewegung und zur

außerparlamentarischen Opposition (APO) der endsechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die APO als vor allem von Studenten getragene Massenbewegung wollte den Druck von außerhalb der Parlamente auf die Parteien verstärken, um »emanzipatorische« politische Ziele durchzusetzen. Hier ging es zunächst zumeist um konkrete Forderungen zur Hochschul-, Innen- oder Außenpolitik und weniger um den direkten »revolutionären Kampf für die sozialistische *Alternative* zum herrschenden kapitalistischen System«, um es im Jargon jener Zeit zu sagen. Dazu sollten vor allem Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen im öffentlichen Raum dienen. Innerparlamentarische Arbeit und Wirken innerhalb der etablierten Parteien und bestehender »verkrusteter« Institutionen wurden zu dieser Zeit als wenig erfolgversprechend eingeschätzt, da alle parlamentarischen Parteien – in einer Formulierung von Johannes Agnoli – als »plurale Fassung einer Einheitspartei«<sup>3</sup> angesehen wurden. Erst angesichts der Auflösung der Studentenbewegung – also deren Zerfall in sich reprivatisierende Individuen, in diverse Splittergruppen spontaneistischer, marxistischer, trotzkistischer und maoistischer Ausprägung, in esoterische Psycho-Zirkel und in den militanten Untergrundaktionismus der RAF – kam die Devise vom »langen Marsch durch die Institutionen« auf (eine Formulierung, die sich noch an Maos »langen Marsch« anlehnte). Und es tauchte auch die Idee zur Gründung von neuen parteiähnlichen Organisationsformen auf, um zusätzlich *innerhalb* der Parlamente politisch zu wirken, auch wenn von vielen die Arbeit außerhalb der Parlamente immer noch als politisch weitaus wichtiger bewertet wurde. Freilich gab es ebenso nicht wenige, die diesen langen Marsch durch bereits bestehende traditionelle Organisationen antreten wollten. Man wurde Mitglied in den Gewerkschaften oder der SPD, in Berlin in der SEW und an den Unis in den ADSen, und einige zogen gar ihre »Unterwanderstiefel« an (wie es in einem Lied des Bardens Dieter Süverkrüp hieß), um innerhalb der Institutionen mehr oder weniger subversiv politisch zu agieren.

Die Gründung einer *alternativen*, einer »grünen« Partei auf Bundesebene, die auf Ökologie und Umweltschutz und auf erneuerbare Energien setzte – als »Alternative« zur herrschenden Energiepolitik, die auf Kernkraft vertraute –, wurde zwar bereits auf dem TUNIX-Kongress 1978 von einigen erwogen, von den meisten jedoch zu dieser Zeit noch abgelehnt.<sup>4</sup> Aber die Idee nahm Gestalt an: Nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch sollte diese neue Partei als »Fundamentalopposition« die Alternative zu *allen* anderen Parteien bilden, etwa durch Realisierung des Rotationsprinzips oder des imperativen Mandats bei ihren Abgeordneten und Funktionsträgern. Damit begann die offizielle Karriere des Begriffs im politischen Raum: Regionale Initiativen, die sich bei den verschiedenen Landtagswahlen zur Wahl stellen wollten, trugen den Namen »Alternative Liste« oder »Grün-Alternative Liste« oder auch »Bunte Liste«.<sup>5</sup> Die semantische Besetzung des Begriffs erfolgte durch eine links-grüne Programmatik. Die neuere Geburtsstunde der »Alternative« als eines politischen Begriffs erfolgte aus dem Anspruch auf eine

demokratisch-sozialistische Politikstrategie aus dem Geiste *linker* Politik – als vermeintliche Alternative zu allen traditionellen Parteien. Und auch in Österreich und der Schweiz bildeten sich Wählergemeinschaften unter dem Titel »Alternative Liste« als Vorläufer der Grünen. Im akademischen Milieu spielte zudem in den Kulturwissenschaften die Zeitschrift *alternative* eine nicht unerhebliche Rolle, da sie neben dem Periodikum *Tumult* und den Publikationen des Merve-Verlags (zum Teil auch des Suhrkamp-Verlags vor allem durch die Initiativen von Jacob Taubes in dessen zeitweiliger Funktion als Verlagsberater) entscheidend zur Rezeption linker französischer Theorieprojekte im deutschsprachigen Raum beitrug und das Selbstverständnis der Studentenbewegung stark mitprägte.<sup>6</sup> Festzuhalten bleibt: Die politische Karriere des Begriffs begann im Kontext eines linken Politikverständnisses sowohl in der Praxis (»Alternative Liste«) wie auch in der Theorie (*alternative* als Zeitschrift).

## DER VERLUST DER ALTERNATIVE: DIE SEMANTISCHE NEUTRALISIERUNG

Bemerkenswert ist nun, dass etliche Jahre später, als große Teile der alternativen Bewegung sowohl politisch wie personell »ins System« integriert und dann sogar in der rot-grünen Schröder-Fischer-Regierung an den Schalthebeln der Macht angekommen waren, Gerhard Schröder als Kanzler den Begriff in dessen zuspitzender Negation als Legitimation seiner »Basta«-Politik aufgriff und damit politisch gleichsam *neutralisierte*. Indem er verkündete, seine Politik sei »ohne Alternative« bzw. »alternativlos«, entschärfte er die Semantik des Begriffs.<sup>7</sup> Waren im herkömmlichen klassischen Sinn zwei Möglichkeiten impliziert und im Sinne einer Bedeutungserweiterung im alltäglichen Sprachgebrauch auch mehrere Optionen angedacht, so verkürzt das Diktum »ohne Alternative« politisches Handeln zu einer bloß technokratischen Verwaltung von Sachzwängen.

In seinem Bedeutungskern sagt der Begriff, dass es nur zwei Wahlmöglichkeiten gibt – die Negation »alternativlos« überbietet diesen Reduktionismus, verengt ihn nochmals, indem sie unterstellt, dass es gar keine Wahl gibt, sondern nur *einen* Weg. Der Determinismus einer Zwangsläufigkeit, die hier für das Politische suggeriert wird, kassiert den Möglichkeitsraum, innerhalb dessen sich Diskurse und Kompromisse im Prinzip ergebnisoffen bewegen, wenn von verschiedenen Parteien um eine anerkannte mehrheitsfähige Lösung gerungen wird. Schon der rhetorische Einsatz des Begriffs »Alternative« erweist sich in der politischen Auseinandersetzung für ein demokratisches Politikverständnis als problematisch; denn die zweiwertige Logik der Alternative gehört eher in den Kontext technischer Verkürzungen, der binären oder dualen Strategie des Ein- oder Ausschaltens einer Maschine oder eines Computers. Soziale und politische Zusammenhänge stellen sich in der Regel weitaus komplexer dar und erfordern entsprechende Lösungen, die sich nur selten auf eine Alternative herunterbrechen lassen. Politik ist eben mehr als ein Schaltkreis, den



man ein- oder ausschalten kann. Ist also der Begriff ›Alternative‹ zumeist bereits nicht sonderlich geeignet für den politischen Gebrauch, so gilt das erst recht für ›alternativlos‹. Die beiden Topoi ›Alternative‹ und ›ohne Alternative‹ signalisieren, dass sie sich tendenziell dem demokratischen politischen Diskurs entziehen. Zugespißt formuliert stehen sie beide eher in der Logik des Souveräns (im Sinne von Carl Schmitt), der über den Ausnahmezustand entscheidet: Deziisionismus statt Diskurs, autoritäre Setzung statt Deliberation. Und diese Entscheidungslogik gehört eher in den Kontext autokratischer, nicht aber demokratischer Systeme.

Mit jenem Verkünden von oben herab quasi *ex cathedra in rebus politicis*, eine politische Entscheidung sei »ohne Alternative«, wird der Sinn von Politik zumindest unter demokratischen Verhältnissen, also mit dem Willen zur argumentativen Überzeugung und politischen Gestaltung, *ad absurdum* geführt; denn Politik zeichnet sich grundsätzlich dadurch aus, dass sie als »Kunst des Möglichen« (eine dem Sinne nach zumeist Bismarck zugeschriebene Formulierung)<sup>8</sup> begriffen werden muss, da sie unter der Vielzahl möglicher Entscheidungsvarianten abwägend und zumeist unter Kompromissdruck im Interessenausgleich wenn nicht die für alle beste, so doch eine für die Mehrheit tendenziell akzeptanzfähige Lösung aushandelt. Ein Politiker, der das nicht versteht, hat offensichtlich seinen Job verfehlt – zumindest in Gesellschaften, die sich für die repräsentative Demokratie als angemessene Herrschaftsform entschieden haben. Der Vorwurf des sprachlichen Missgriffs trifft ebenso Kanzlerin Angela Merkel<sup>9</sup> als Nachfolgerin Schröders, die dessen Strategie der »Basta«-Pseudo-Begründung in einer argumentabwürgenden Rhetorik übernahm. Sie setzte damit diese Tradition des angeblichen »Sachzwangs« in der Politik fort, der die Entscheidungsfreiheit und den möglichen Handlungsspielraum des Politikers zur Makulatur degradiert, wenn sie ihre eigene Politik als »alternativlos« bezeichnet. Mit einiger Verspätung wurde dann Merkels Plagiat-Vokabel 2010 zum »Unwort des Jahres« gekürt, obwohl bereits Schröders Originalformulierung »ohne Alternative« diese fragwürdige Auszeichnung verdient gehabt hätte.<sup>10</sup>

Bevor jene Leerformel der »Alternativlosigkeit« im Wortschatz deutscher Spitzenpolitiker fröhliche Urständ feierte, hatte sie freilich schon eine einschlägige angelsächsische Karriere hinter sich. »There is no alternative«<sup>11</sup> – so lautete jener apodiktische Satz Margaret Thatchers, der keine Alternative zum Neoliberalismus gelten ließ. Dieses Mantra geriet (zusammen mit: »I want my money back«) zum Markenzeichen ihres verbalen und inhaltlichen Regierungsstils und stand für die Rechtfertigung einer Politik, die vor allem einen Abbau des Sozialstaates und wirtschaftsliberale Reformen umfasste. Damit wurden die auch in der *scientific community* höchst kontrovers diskutierten Ansichten einer bestimmten ökonomischen Schule zur absoluten Lehre erhoben und gleichsam zum unabänderlichen Naturgesetz erklärt. Die beabsichtigte oder unbeabsichtigte Verwechslung von Gesellschafts- mit Naturkategorien, die hier vorliegt, wirkt zugleich als politische Immunisierungsstrategie, denn die insinuierte Logik dieses

*quidproquo* lautet: Es gibt nur *eine* Handlungsmöglichkeit, die uns vorgegeben ist, denn (vermeintliche) Sachzwänge lassen uns ebenso wie Naturgesetze keine Chance zu einer anderen Option oder einer korrigierenden Intervention, die angeblich außerhalb unserer Verfügungsmacht stehen. Als Akronym dieses Thatcher-Credos wurde dann das »TINA-Prinzip« (»There Is No Alternative«) zu einem ironischen rhetorischen Emblem des Thatcherismus.<sup>12</sup>

## **DIE POLITISCHE RENAISSANCE DER ALTERNATIVE VON RECHTS: DIE SEMANTISCHE UMBESETZUNG**

Die jüngste Karriere und eine erneute Umcodierung des Begriffs ›Alternative‹ beginnen im Jahre 2013 mit der Gründung der Partei ›Alternative für Deutschland‹. Zunächst aufgestiegen im politischen Bedeutungsfeld linker und emanzipatorischer Ansätze als ein Topos, der »von unten« in Handlungsstrategien eingebettet wurde (alternativer Kindergarten, alternativer Biohof, alternativer Buchladen, alternative Seminare etc.), erfährt dieser Begriff dann »von oben« eine Neutralisierung und wird negativ belegt. Durch die AfD erlebt der Begriff eine politische Renaissance und wird zunächst nationalkonservativ reanimiert. Er wird zum auf bloße Negation reduzierten topischen *Anti*-Fokus: *gegen* die deutsche Europa-Politik, anfangs unter vorwiegend ökonomisch-fiskalischer Perspektive *gegen* die europäische und deutsche Finanzpolitik (*gegen* die Finanzhilfen für Griechenland und andere EU-Staaten) sowie *gegen* den Euro (und zurück zur DM). Das Bedeutungsfeld wandert dann noch weiter nach *rechts*, als infolge der Flüchtlingskrise dieser Begriff nicht nur anti-europäisch konnotiert, sondern *gegen* die deutsche Flüchtlingspolitik zum Synonym für eine xenophobe und nationalistische Agenda der AfD radikalisiert wird.

Allgemein geht es dieser Partei zwar auch *gegen* die »drohende Islamisierung des Abendlandes«, aber vor allem *gegen* die »Dekadenz« der westlichen Moderne, also *gegen* liberale Werte, *gegen* eine allgemeine »Hypermoral« (Arnold Gehlen), *gegen* die Durchsetzung von Frauenrechten, *gegen* die Achtung von Minderheiten, *gegen* sexuelle Selbstbestimmung, *gegen* eine »aufgezwungene« vermeintliche *political correctness*.<sup>13</sup>

Eine Globalisierung erfährt der Begriff schließlich durch die Politik der USA unter Donald Trump. Es verwundert und besorgt den Beobachter dieser Entwicklung nicht so sehr die eher realsatirisch anmutende Rede von den »alternativen Fakten« – eine Formulierung, die Trumps Beraterin Kellyanne Conway in Umlauf brachte –, sondern vielmehr die verblüffende politische Karriere der *Alt-Rights* (»Alternativen Rechten«), die bis vor einiger Zeit als extreme Rassisten und Nationalisten ein vergleichsweise bedeutungsloses Schattendasein in der offiziellen US-Politik führten. Das änderte sich schlagartig seit Anfang 2017 mit Trumps Wahlsieg, durch den der *Alt-Right*-Vordenker und -Nachbeter Stephen Bannon

zum Rat- und Sinnggeber der Trump'schen Politik des »America first« avancierte<sup>14</sup> und gewissermaßen zur »grauen« Eminenz des Kabinetts aufstieg (um keine andere Farbe zu nennen, die der politischen Farbsymbolik angemessener wäre).

Die Parallele in der Alternative von einst und jetzt liegt im Kampf gegen das »Establishment« (linksalternativ) oder die »Eliten« (rechtsalternativ), aber sie liegt auch im Selbstverständnis beider als Alternative zu den bestehenden politischen Verhältnissen, als die einzige Anti-Parteien-Partei. Alternative bedeutet hier eben nicht eine beliebige Möglichkeit oder Chance zur Veränderung, sondern Fundamentalopposition gegen das »herrschende System« (linksalternativ) oder gegen das »Konsenskartell« (rechtsalternativ). Die Differenz hingegen besteht vor allem in der Perspektive: Die Linksalternativen von einst wollten emanzipatorisch mit Konzepten von morgen und übermorgen vorwärts in die Zukunft aufbrechen, die Rechtsalternativen von heute wollen zurück in die Vergangenheit, zu den verloren geglaubten Idealen von gestern und vorgestern, zu Volk und Nation.

So stellt der historisch-semantische Chronist verwundert fest: Binnen einiger Jahrzehnte hat der Begriff »Alternative« einen atemberaubenden Wandel innerhalb politischer Bedeutungskontexte vollzogen. Zuerst ins öffentliche Rampenlicht gerückt aus dem Geiste linker Politik, ist er über die Etappe einer Neutralisierung »von Amts wegen« sodann rasch nach rechts abgewandert und hat seine neue Heimat im Wortschatz des konservativen Nationalismus gefunden – die US-amerikanische Variante bringt das auch *expressis verbis* zum Ausdruck: Unter dem Label *Alt-Right* verschmelzen »alternativ« und »rechts« zur einheitlichen Signatur, wobei die phonetische Nähe zu *alright* oder *all right* durchaus gewollt ist. Der programmatische Rassismus und Nationalismus dieser Gruppierung markiert die rechtsradikale Endstation des Begriffs nach einer Reise, die am anderen Ende der politischen Skala begonnen hatte.<sup>15</sup> Noch vor einer Generation identifizierte das öffentliche Bewusstsein den Topos »alternative Politik« unstrittig mit *linker*, heute hingegen ebenso zweifelsfrei mit *rechter* Politik. Um für die Interpretation des Begriffs das Fazit mit Ernst Jandl zu ziehen: Rinks und Lechts kann man bisweilen sehr wohl velwechsern.

Siehe auch: *Dialektik, exoterisch, Moderne, Proletarier, sozial, Utopie*

## ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. den entsprechenden Eintrag zu »Alternative« im *DWDS*, dem *Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache* (online).
- 2 Vgl. Michel Foucault: *Die Ordnung des Diskurses* (1970), Frankfurt a. M. 1991. Das simplifizierende Denken in *Alternativen* wird spätestens dann zur Bedrohung, wenn es – politisch oder religiös normativ aufgeladen – gesellschaftliche Handlungsmacht gewinnt und den jeweiligen Widerpart antagonistisch ausgrenzt: Die Dichotomien »Freund vs. Feind«, »gut vs. böse«, »normal vs. ano(r)mal« (oder: »verrückt«), »gesund vs. krank« zum Beispiel haben historisch diese zweifelhafte Karriere durchlaufen und erleben zum Teil auch gegenwärtig eine Renaissance. Vgl. dazu Wolfert von Rahden: »Orte des Bösen. Aufstieg und Fall des dämonologischen Dispositivs«, in: *Die andere Kraft. Zur Renaissance des Bösen*, hg. v. ders./Alexander Schuller, Berlin 1993, S. 26–54.

- 3 »Die Volksparteien des modernen Verfassungsstaates [...] bilden die plurale Fassung einer Einheitspartei – plural in der Methode der Herrschenden, einheitlich als Träger der staatlichen Herrschaft gegenüber der Bevölkerung, einheitlich vor allem in der Funktion, die die Volksparteien innerhalb der westlichen Gesellschaft übernehmen« (Johannes Agnoli/Peter Brückner: *Die Transformation der Demokratie*, Berlin 1967, S. 39–40).
- 4 Die Frage einer Parteigründung spielte konzeptionell auf der Veranstaltung (vom 27. bis 29. Jan. 1978 an der TU Berlin) keine Rolle, sondern wurde allenfalls marginal gestreift. Aus »Sponti«-Perspektive galten Parteien per se als »Öl« und nicht als »Sand« im »Getriebe« der kritisierten »kapitalistischen Maschinerie«, oder man sah – in einer anderen mechanischen Metaphorik formuliert – Parlament und Parteien als bloßen »Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen« (Agnoli/Brückner: *Transformation*, S. 68). So beteiligte sich der Verfasser als Teilnehmer des Kongresses an einer Diskussion, in der gesellschaftliche Funktion und Wirkung einer alternativen Partei kontrovers erörtert wurden: Einige Debattenteilnehmer betonten die Chancen, welche die Gründung einer parlamentarischen Partei böten, weil sich dadurch auch politische Gestaltungsmöglichkeiten »von oben« eröffneten, welche die Politik »von unten« innerhalb einer »Doppelstrategie« ergänzen sollten. Die Mehrheit der Anwesenden hingegen verwarf dieses Konzept als politischen Irrweg, da die Organisationsform einer Partei parlamentarischen Typs zwangsläufig »dem System aufsitzen« müsse und durch Anpassung unweigerlich von diesem »korrumpiert« werde (und das ebenso undemokratische wie auch historisch abgehalfterte Modell der elitären proletarischen Kaderpartei bot erst recht keine Alternative – das war ohnehin unglaubwürdig geworden und stieß folgerichtig auf einhellige strikte Ablehnung).
- 5 So wurde am 5. Okt. 1978 in West-Berlin die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) gegründet.
- 6 *TUMULT. Schriften zur Verkehrswissenschaft*, gegründet 1979 u. a. von Michel Foucault, Gianni Vattimo, Dietmar Kamper und den Foucault-Übersetzern Ulrich Raulff und Walter Seitter; *alternative. Zeitschrift für Literatur und Diskussion*, ab 1964 herausgegeben von Hildegard Brenner, eingestellt 1982; vgl. dazu: »Distanzgesten. Ein Gespräch über das Zeitschriftenmachen mit Wolfert von Rahden und Ulrich Raulff«, in: *Grundlagenforschung für eine linke Praxis in den Geisteswissenschaften: Die wissenschaftliche Zeitschrift und ihr Wert*, 1 (2014), S. 65–88 (auch online).
- 7 Vgl. etwa die Rede Schröders vom September 2004 in der Generaldebatte des Bundestages über den Haushalt 2005: »Schröder: Reformpolitik ist alternativlos«, in: *Handelsblatt*, 8. Sep. 2004. Ebenso: deutschlandradio.de/schroeder-keine-alternative-zu-agenda-2010.331.de.html, 25. März 2004.
- 8 Bismarck nannte Politik »die Lehre vom Möglichen«, und zwar in einem Gespräch mit Friedrich Meyer von Waldeck am 11. Aug. 1867 in Berlin – nach dessen Darstellung in: »Aus den Erinnerungen eines russischen Publicisten, 2. Ein Stündchen beim Kanzler des norddeutschen Bundes«, in: *Die Gartenlaube*, 51 (1876), S. 856–858, hier: S. 858.
- 9 Etwa im Zusammenhang mit der Bankenkrise: »Merkel verteidigt Banken-Enteignungsgesetz«, in: WELTN24 (Wirtschaft), 18. Feb. 2009.
- 10 Inzwischen scheint sich diese Erkenntnis übrigens auch bis in höchste Regierungskreise herumgesprochen zu haben, wie eine Äußerung Frank Walter Steinmeiers in seiner ersten Rede als Bundespräsident im Bundestag am 22. März 2017 deutlich macht: »Die Zukunft ist nicht »alternativlos« – im Gegenteil: Die Zukunft ist offen und sie ist überwältigend ungewiss.« Vgl. auch Jan Koneffke: »Das Wort der unbegrenzten Wirklichkeiten«, in: *Wespennest – Wespenstiche* (Netzkolumne), 9. März 2017, online unter: [www.wespennest.at/w\\_wespenstiche.php](http://www.wespennest.at/w_wespenstiche.php).
- 11 Antony Jay (Hg.): *The Oxford Dictionary of Political Quotations*, Oxford/New York 1996, S. 361.
- 12 Vgl. dazu die Thatcher-Biografie von Claire Berlinski: *There is no alternative. Why Margaret Thatcher Matters*, New York 2008.
- 13 Zur ausführlicheren Analyse der »Neuen Rechten« vgl. vor allem Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017.
- 14 Vor allem im Wahlkampf und in der Anfangsphase der Regierungsperiode bis zu Bannons offizieller Demission aus dem inneren Machtzirkel am 18. Aug. 2017; vgl. Josua Green: *Devil's Bargain. Steve Bannon, Donald Trump, and the Storming of the Presidency*, New York 2017.
- 15 Es mag dem Begriffshistoriker wie die listige Replik einer historischen Ironie erscheinen, dass die ursprüngliche terminologische Allianz von »alternativ« mit »links« an unvermuteter Stelle und nunmehr als Fremdzuschreibung von »rechts« wiederkehrt. Die nahezu vergessene Ursprungsverknüpfung wurde aufs Neue in den politischen Auseinandersetzungen in den USA vor allem seit Trumps Regierungszeit reanimiert. War die Wortprägung *Alt-Right* eine selbstgewählte (ebenso wie zuvor »Alternative Liste« oder »Alternative für Deutschland«), so kam das neue Etikett *Alt-Left*, also *Alternative Left*, als Zuschreibung für linke und liberale Positionen hingegen von den konservativen Gegnern: Sie wurde zum Beispiel an prominenter Stelle von Trump in seiner Pressekonferenz am 15. Aug. 2017 verwendet, um die Gegendemonstranten gegen den militanten Aufmarsch der *Unite the Right*-Bewegung am 11. Aug. 2017 in Charlottesville abzuqualifizieren, in der die *Alt-Right*s zusammen mit dem *Ku Klux Klan*, der *Nationalist Front*, den *White Supremacists*, den *White Nationalists* sowie anderen erklärten Neonazis gegen die Enternung eines Denkmals für den Konföderierten-Kommandeur Robert Edward Lee protestierten. Vgl. dazu etwa: Vanessa Steinmetz: »Was es mit dem Begriff »Alt Left« auf sich hat«, in: SPIEGEL Online, 16. Aug. 2017. Und im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 sorgte der Slogan auf einem Wahlplakat der Internationalistischen Liste der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands ebenfalls für ein *déjà-vu* mit der Alternative von »links«, verknüpft mit der Logik des *tertium non datur*: »MLPD – die antikapitalistische Alternative«. Die offensichtlich ungebrochene Attraktivität des Begriffs für die politische Selbstetikettierung wird ebenfalls deutlich in der Verwendung 2017 durch eine andere (konservative) Splittergruppe: »Freie Wähler: Die anständige Alternative«.